

Selbstverwaltung Welf ENOCH  
Generalbevollmächtigter E n o c h, Welf  
natürliche Person  
Rückebruch 6  
38829 Harsleben

Selbstverwaltung Welf ENOCH, Rückebruch 6, 38829 Harsleben

Polizeidirektion Sachsen- Anhalt Nord  
Polizeirevier Harz  
Plantage 3  
38820 Halberstadt

Harsleben, den 16. Mai 2016

### **Strafanzeige und Antrag auf Strafverfolgung**

gegen: Frau Annett Reinhold, Gerichtsvollzieherin  
zwei sogenannte Polizeivollzugsbeamte  
eine weitere anwesende Frau, Ihrer Aussage  
nach ebenfalls Gerichtsvollzieherin

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit erstatte ich Strafanzeige gegen die oben genannten Personen. Die fehlenden Namen bitte ich mir in den nächsten Tagen mitzuteilen. Diese liegen Ihrem Kollegen, Herrn Heisler, laut seines Schreibens vom 20.04.2016 vor, welches falsch adressiert in meinem Briefkasten lag. Ich bitte Sie, mir diese Namen schriftlich mitzuteilen, da ich diese ganze Angelegenheit einer schweizer Anwaltskanzlei übergeben werde und Strafanzeigen mit verbundenen Schadensersatzforderungen beim ICC in Den Haag und dem Militärstaatsanwalt der Hohen Hand machen werde. Eine Kopie dieser Strafanzeige und eine Strafanzeige gegen die Mitarbeiter des Amtsgerichts Halle werden in den kommenden Tagen an den Generalstaatsanwalt Jürgen Konrad verschickt.

Zu Ihrem besseren Verständnis erkläre ich, daß ich am 11. November 2014 die Er-richtung des Völkerrecht(s)subjektes „Selbstverwaltung Welf ENOCH“ proklamiert habe. Durch diese Proklamation und eine damit verbundene Willenserklärung war die juristische Person „Welf Andreas Enoch“ oder „Welf Enoch“ juristisch und völkerrechtlich für aufgelöst, nicht mehr existent und für nichtig erklärt worden und die natürliche Person und der Mensch E n o c h, Welf wieder hergestellt worden. Diese Gegebenheiten wurden folgenden Unternehmen bzw. deren Mitarbeitern bekanntgegeben:

Bundesministerium der Finanzen, Wolfgang Schäuble  
Auswärtiges Amt, Frank-Walter Steinmeier  
Bundeskanzleramt, Angela Merkel  
Bundespräsidialamt, Joachim Gauck  
Bundesministerium der Justiz und Verbraucherschutz, Heiko Maas  
Bundesministerium des Innern, Thomas de Maiziere  
Vatikan, Papst Franziskus

Vereinte Nationen, Ban Ki-moon  
Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt, Reiner Haseloff  
Ministerium der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt, Hermannus Erdwiens  
Botschaft des Vereinigten Königreiches von England, S.E. Simon Gerard Mc. Donald  
Botschaft der Schweiz, S.E. Tim Guldemann  
Botschaft der Russischen Föderation, S.E. Wladimir M. Grinin  
Botschaft von Frankreich, S.E. Philippe Noel Marie Marc Etienne  
Gemeinde Harsleben, Einwohnermeldeamt, Frau Keddi  
Stadt Halberstadt, Standesamt, Frau Meier  
Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Nord, Polizeirevier Harz, Dietmar Schellbach  
Landkreis Harz, Ordnungsamt, Georg Türke  
Amtsgericht Halberstadt, Herr Müller  
Landkreis Harz, Ordnungsamt, Frau Beckmann  
Bundesfinanzdirektion Mitte, Hauptzollamt Magdeburg, Norbert Bahr

Ein weiterer Fakt ist, daß weder in einer angemessenen Frist von drei Wochen noch bis heute, von einer dieser angeschriebenen Stellen Widerspruch eingelegt wurde. Die Proklamation und Willensbekundung wurde somit stillschweigend anerkannt. Die Mitarbeiter der verschiedenen Unternehmen, insbesondere Amtsgericht Halberstadt, Landesverwaltungsamt Halle, Amtsgericht Halle wurden alle ausführlich und mehrmals darüber informiert, daß die juristische Person „Welf-Andreas Enoch“ oder „Welf Enoch“ oder „Welf Andreas Enoch“ außer Kraft gesetzt und für nichtig erklärt wurde und dafür die natürliche Person und der Mensch E n o c h , Welf wieder hergestellt wurde. Trotzdem wurde und wird die von mir aufgelöste juristische Person weiterhin adressiert, was den Straftatbestand der Personenstands Fäl schung erfüllt und ein Verbrechen ist. Alle diese Verbrechen werden von mir protokolliert und beim ICC in Den Haag zur Anzeige gebracht verbunden mit Schadensersatzforderungen.

Zum Tathergang kann ich folgende Angaben machen, daß sich am 05. April 2016 gegen ca. 18:45 Uhr unbekannte Personen an meiner Hof t üre zu schaffen machten, und auf meine Frage, was das soll, antwortete man mir, daß es sich um eine Vollstreckungsmaßnahme handele. Ich bat um Geduld, holte Zeugen und meinen Personenidentitätsausweis. Dann schloß ich die Hof t üre auf und Frau Reinhold fragte, ob ich Herr Enoch sei (laut Vollstreckungsauftrag NAME BPA WELF ANDREAS ENOCH) was ich verneinte und klar und deutlich sagte, daß ich Welf, Mann aus der Familie E n o c h , bin und zum Beweis meinen Personenidentitätsausweis vorzeigte. Ich fragte höflich, ob Frau Reinhold sich staatlich – hoheitlich legitimieren kann mit einem Beamtenausweis, was Sie nicht konnte, mir stattdessen einen nicht unterschriebenen Dienstaussweis zeigte. Dann zeigte Sie mir ganz kurz einen sogenannten „Haftbefehl“, welcher nicht auf den Familiennamen und Vornamen der natürlichen Person des Menschen E n o c h , Welf ausgestellt und weder unterschrieben noch beglaubigt war und somit nichtig und gesetzeswidrig. Die anwesenden sogenannten Kripobeamten konnten sich ebenfalls nicht staatlich – hoheitlich legitimieren oder mit einem Dokument mit Wohnanschrift ausweisen. Alle meine Einwände, Argumente und Beweise, daß ich nicht die Person ihres Begehrens sein kann, wurden einfach ignoriert. Mit Gewalt wurde ich zu Boden gedrückt, mir wurden Hand- und Fußschellen angelegt, ich wurde auf dem Boden liegend, wie ein totes Stück Vieh, entlang geschleift und in ein Fahrzeug verfrachtet. Dann wurde ich in die JVA Volkstedt verschleppt und als ich dort angekommen war, wollte Frau Reinhold von mir meine Unterschrift unter eine sogenannte „Eidesstattliche Erklärung“ erpressen. Da ich dieses ablehnte, sagte Sie mir, daß ich jetzt ein halbes Jahr Beugehaft zu verbüßen habe. Anschließend sollte ich wieder Dokumente unterschreiben, welche mich mit NAMEN und VORNAMEN zur juristischen

Person gemacht hätten, was ich mindestens dreimal ablehnte und erneut erklärte, daß ich ein Mensch bin mit meiner natürlichen Person und einen Familiennamen habe. Meine Einwände und Gegenargumente wurden erneut ignoriert und ich wurde eingesperrt.

Im Vorfeld dieser ganzen Angelegenheit wurden schon gravierende Fehler gemacht und es wurden Straftaten und Menschenrecht(s)verletzungen begangen durch das „Landesverwaltungsamt“. Es wurden beliebige Veränderungen an Namen, Geschäftszeichen und Aktenzeichen durchgeführt und Akten- mit Kassenzeichen verwechselt. Jede Nutzung von meinem Familiennamen und Vornamen, in welcher Schreibweise und Anordnung auch immer, welche faktisch zur künstlichen Erzeugung einer fiktiven juristischen Person genutzt wird, hatte ich allen Beteiligten untersagt, soweit keine explizite Regelung oder Vereinbarung mit mir getroffen wurde und trotzdem wurden immer wieder neue Namenskonstrukte erschaffen wie z.B.: aus der juristischen Person „Wolf-Andreas Enoch“ wurde „Welf-Andreas Enoch“ dann „Welf Andreas Enoch“ dann „Enoch Welf Andreas“ danach „Enoch Andreas Welf“.

Wenn friedliebende rechtschaffende Menschen, so wie ich, von Privatleuten ohne jegliche Legitimation einfach überfallen, überwältigt, körperlich verletzt und verschleppt werden, was hat so ein System mit einem Recht(s)staat zu tun? Wenn Unrecht zu Recht wird, was ist das für eine Lebensgrundlage für die Menschen? Diese Fragen müssen Sie sich als Polizei (auch wenn sie eine eingetragene Firma sind) stellen, da Sie einen gesellschaftlichen Auftrag von allen Menschen in diesem Lande haben. Wenn Menschen, die ihre ganze Lebensenergie in den Aufbau dieses Landes gesteckt haben, die Hunderttausende von Mark bzw. Euro in das DDR- und BRD- System eingezahlt haben, wie Kriminelle und Schwerverbrecher behandelt werden, dann läuft irgend etwas falsch in so einem System.

Mein ganzes Leben lang setze ich mich für benachteiligte, arme oder hilfsbedürftige Menschen und gerade für Kinder ein und habe Tausende von Euros an etliche Kinderhilfswerke und Hilfsorganisationen gespendet, fragen Sie mal Familie Rasche aus Stapelburg von der „Kinderhilfe für Siebenbürgen“, um nur ein Beispiel zu nennen. Sie sollen wissen, daß an mir sehr großes Unrecht begangen wurde, so etwas ist einfach eine Schande und die Verantwortlichen sollten sich zu mindestens schämen. Bis zum heutigen Tage liegt mir kein Gerichtsurteil, kein Haftbefehl oder irgend ein gültiges Dokument vor und sogar der „Entlassungsschein“ der JVA Volkstedt ist eine Fälschung.

Das alles sind schwere Menschenrecht(s)verbrechen die gegen mich begangen wurden, bei welchen eine Verjährung ausgeschlossen ist und somit behält sich die Selbstverwaltung Welf ENOCH vor, Schäden künftig, soweit dazu der nötige Rahmen geschaffen worden ist, geltend zu machen.

Abschließend und aus formalen Gründen leider unabdingbar erkläre ich hiermit, daß mit diesem Schreiben keinerlei Anerkennung, in welcher Art und Weise auch immer, verbunden ist. Damit wird kein Vertrag begründet, auch kein stillschweigender. Ausgenommen sind hiervon die Folgen der Rechtsbelehrung. Der üblichen aber rechtswidrigen Auslegung als Einlassung, in Form eines unterstellten konkludenten Handelns, wird ausdrücklich widersprochen. Dieses Schreiben erfolgt ausschließlich zu Ihrer Information und zum Schutz meiner eigenen Interessen.

Mit freundlichen Grüßen

E n o c h , W e l f  
A l s M e n s c h

A l s n a t ü r l i c h e P e r s o n

A l s G e n e r a l b e v o l l m ä c h t i g t e r d e r - S e l b s t v e r w a l t u n g W e l f E N O C H -



## Anlagen:

Rechtsbelehrung

Protokoll Gerichtsvollziehertermin

Schreiben „Rechtliche Verletzungen durch vorgebliche Gerichtsvollzieher“

### Rechtsbelehrung

Die Schaffung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und die anschließende Bildung einer BRD, erfolgten unter völkerrecht(s)widrigen Bedingungen und auf Anordnung der „Drei Mächte“, sowie unter der Kontrolle und Genehmigung der „Drei Mächte“, als Teil des Besatzungsstatuts.

Gemäß Artikel 133 GG war und ist die BRD nur eine Verwaltungseinheit der „Drei Mächte“ und kein souveräner Staat. Dies wurde zuletzt durch die Erklärung der „Drei Mächte“, vom 08. Juni 1990 und durch das Übereinkommen zur Regelung bestimmter Fragen in bezug auf Berlin bestätigt.

Durch massive Umstrukturierungen in 1990, 2005, 2006 und 2007, verloren die BRD und das Land Berlin sämtliche Rechts- und Handlungsgrundlagen. Damit handeln alle Organe dieser, in Amtsanmaßung und unter nicht belegtem Recht(s)anschein. Sämtliche im Auftrag dieser Organe handelnden Personen sind damit vollumfänglich und mit ihrem privaten Vermögen haftbar.

Dieser Zustand ist als offenkundig zu bezeichnen und daher muß vorausgesetzt werden, daß alle Personen mutwillig oder zumindest grob fahrlässig handelnd sind. Zur Geltendmachung von Schadensersatzforderungen und zum Zwecke der Strafverfolgung, ist daher jede Person dazu verpflichtet, ihren vollständigen Familiennamen, Vornamen und eine klagefähige Anschrift heraus zu geben. Dazu ist zwingend das Formular „Nachweis der Verantwortlichkeit“ auszufüllen und an alle Betroffenen zurück zu senden. Dieses Formular ist nach Bedarf, in der benötigten Anzahl zu vervielfältigen. Mit dem Formular „Sachstandserklärung“ ist ebenso zu verfahren.